



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

F.: Die Vereinigten Staaten, ihre innere und äußere Tagespolitik

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

der Entwicklung unsrer Lyrik, die in gewissem Sinne zeitloser ist als andre Dichtungsformen, harmonischer ein. Er steht etwa da, wo unter den Malern Hans Thoma steht, und er gewinnt, je älter er wird, gleich diesem einen altmeisterlichen Zug, der uns sein Bild noch lieber macht und unsre warme Neigung zu ihm vermehrt.



## Die Vereinigten Staaten, ihre innere und äußere Tagespolitik



Das Übergewicht der Vereinigten Staaten auf der westlichen Halbkugel wirkt stark auf die Beziehungen der süd- und mittel-amerikanischen Republiken zu Deutschland und anderen europäischen Staaten. Ihr Verhältnis zu Japan beherrscht die Politik des fernen Ostens, ja aller Gestade des Großen Ozeans. Bei ihnen selber aber hängt die äußere Politik ganz von der inneren ab. Die Opposition verwirft den Imperialismus, den Panamerikanismus, die überspannte Schutzzollpolitik, vor allen Dingen das Trustwesen, das einen so starken Einfluß auf die innere und äußere Politik hat. Und eben hier scheint sich eine bedeutungsvolle Wendung vorzubereiten. Jeder Tag bringt neue Nachrichten voll düsteren Inhalts für die im Besitz der Macht befindliche republikanische Partei. Ja, die bestbeglaubigten Korrespondenten melden, daß ihr Sturz schon bei der nächsten Wahl des Repräsentantenhauses, die am 1. November d. Js. stattfindet, unbedingt sicher sei. Darauf wäre nicht allzuviel zu geben, wenn man auf die allgemeinen Stimmungszeichen angewiesen wäre. Nach ihnen hat man sich über die Gesinnung der Bevölkerung schon oft geirrt. Aber man hat es mit der Tatsache eines offenen Aufruhrs innerhalb der herrschenden Partei zu tun. Es bildet sich dort seit einigen Monaten eine Partei der „Insurgenten“ heraus, nicht etwa nur auf Grund persönlicher Meinungen, sondern tiefgreifendster Interessengegensätze, denen man bisher noch so wenig entgegenzusetzen gewußt hat, daß ein Teil der leitenden Männer, und zwar gerade die hervorragendsten, das Gewehr in den Graben werfen und dem politischen Leben den Rücken kehren.

Die republikanische Partei entstand erst 1856, als die Sklavenfrage zur Entscheidung drängte. Mit dieser parallel ging jedoch der Streit um Freihandel und Schutzzoll. Die sklavenhaltenden Südstaaten mußten weitaus den größten Teil ihrer Erzeugnisse, Baumwolle, Tabak, Holz, ans Ausland absetzen, wobei ihnen kein Schutzzoll nützen konnte. Das ist noch heute so. Deshalb sind sie allezeit Anhänger eines immerhin gemäßigten Freihandels geblieben. Sie waren

und sind das um so mehr, als sie alle Industrieerzeugnisse vom Norden oder vom Auslande kaufen müssen, wobei Zölle ihnen natürlich den Bedarf verteuern. Die Nordoststaaten waren und sind die eigentlichen Schutzzöllner, sie wollen den europäischen Handel möglichst aus dem Gebiet der Union vertreiben, ja am liebsten ihn auch aus dem übrigen Amerika weit zurückdrängen. Der Gegensatz dauert nicht nur bis heute unvermindert an, er hat sich vielmehr durch die Entwicklung des Trustwesens noch verschärft. In den letzten Jahrzehnten ist es dem organisierten New-Yorker Riesenkapital gelungen, für den größten Teil der Industrie- und Bergwerkserzeugnisse Privatmonopole zu errichten, die das Land mit der äußersten Rücksichtslosigkeit ausbeuten. Ja, sogar den Vieh- und Fleischhandel haben die Chicagoer Großkapitalisten in ihre Gewalt gebracht, wobei sie den Farmern niedrige Preise zahlen und den Schlächtern, Fleischhändlern und Verbrauchern Bombenpreise berechnen.

Wie ist es möglich, daß der landwirtschaftliche Nordwesten, der schon im Staate Ohio beginnt, dieser Hochschutzzollpartei anhängt? Das tut er, denn ohne ihn wäre der Nordosten viel zu schwach, zumal der Staat New York wegen der aus gewissen Gründen meist demokratischen Großstadt New York manchmal zur demokratischen Partei abschwenkt. Dabei wirkt im wesentlichen die Erinnerung an den gemeinsam gegen die Sklavenhalterei geführten Krieg noch nach. Die Sklavenwirtschaft ist dem nordwestlichen Bauernlande mit Recht ein Greuel. Anderes kommt hinzu. Die Südstaaten sind noch heute partikularistisch, der Nordwesten sucht das Heil in der Zentralgewalt. Das Schlimmste war, daß der Süden sich um die Mitte der neunziger Jahre der schwindelhaften Silberpolitik des Mr. Bryan in die Arme warf. Das alles hat es dem nordöstlichen Industrielande ermöglicht, die mittleren Nordweststaaten bei seinen Fahnen festzuhalten, obwohl diese durch die Massenausfuhr an Nahrungsmitteln und den Mangel einer eigenen Industrie weit mehr am Freihandel als am Schutzzoll interessiert sind.

Fünzig Jahre lang hat die republikanische Partei das Bundespräsidium besessen. Nur die acht Jahre von 1884 bis 1888 und 1892 bis 1896 gab es einen demokratischen Präsidenten, Grover Cleveland; ein demokratisches Repräsentantenhaus gar noch zwei Jahre weniger. Da ist manche Mißwirtschaft arg in Saat geschossen. Der wärmste amerikanische Patriot gibt willig zu, daß die Fäulnis im öffentlichen Leben ein wahrer Schandfleck der Vereinigten Staaten ist. Aber jeder erkennt auch an, daß hier in beiden Parteien so stark gesündigt wird, daß man nicht weiß, wem man die Palme zuerkennen soll. Die Stadt New York ist in den Händen der Demokraten, Philadelphia der Republikaner, die Korruption ist in beiden gleich groß. Im Herbst 1909 zog der keiner von beiden Parteien angehörige Präsidentschaftskandidat Hearst die grauenhafte Bestechlichkeit von Senatoren, Gouverneuren, leitenden Männern beider Parteien ans Licht. Aber die republikanische sieht doch gerade in jüngster Zeit den Haß gegen sich reißend schnell anwachsen. Sie hat die Hochschutzzoll-

tarife geschaffen, durch die die Trusts die europäischen Waren so empfindlich verteuern, daß sie selber mit Leichtigkeit Monopolpreise erheben können. Die Trusts haben ihre Kunden wie auch ihre Bezugsquellen vergewaltigt, sie stehen ihren Arbeitern als eine übermächtige Organisation gegenüber, sie haben an der Fäulnis des öffentlichen Lebens den allerstärksten Anteil. An der Volksbeliebtheit Roosevelts hatte die kraftvolle, ja man kann wohl sagen maßlose Sprache gegen die Riesenkapitalisten einen sehr starken Anteil. Er verglich sie mit Straßenräubern, Zuhältern und bezahlten Rowdies, ja sie seien schlimmer als diese. Ihn verehrten breite Volksmassen als ihren Helden. Dadurch erhielt er in der Präsidentenwahl vom November 1905 die beispiellose Mehrheit von 2545515 Stimmen über seinen demokratischen Nebenbuhler.

Nun zeigte sich aber, daß die Gesetzgebung unter Roosevelts Leitung doch gegen die Trusts sehr wenig ausrichtete. Das allmächtige Riesenkapital spottete der Gesetze wie der Gerichte. Auf das einzige wirkliche Hilfsmittel, die Zulassung ausländischer Erzeugnisse, wagte sich Roosevelt nicht einzulassen, nachdem er einige Reden dafür gehalten hatte. Gleichwohl schwuren die Trusts ihm den Untergang und er wich vor ihnen zurück. Er kandidierte 1909 selbst nicht wieder; vielmehr empfahl er seinen Staatssekretär Taft, der denn auch gewählt wurde. Dessen Mehrheit schmolz jedoch auf 1269804 Stimmen zusammen. Sichtlich hatte ein Teil der Wählerschaft bereits das Vertrauen zu der republikanischen Partei verloren. Fanatische Ankläger behaupteten, Roosevelt habe von einem Geheimabkommen gewußt, kraft dessen die Trusts für die republikanischen Parteikassen und für die Wahl Tafts große Summen hergeben sollten und dafür das Zugeständnis erhielten, daß nichts Ernstliches gegen sie geschehen sollte. In der Wahlbewegung war oft von Revision des Zolltarifs gesprochen worden; zweifellos hatte die Masse der Wähler das so aufgefaßt, als sollten die Zölle ermäßigt werden. Als man aber im Sommer das Werk vollbrachte, war es keine Ermäßigung, sondern eine Erhöhung.

Daran hatten auch die Kongreßmitglieder des mittleren Nordwestens noch mitgearbeitet. Ohne sie wäre das neue Zollgesetz nicht zustande gekommen. Sie haben sich noch der Parteifuchtel gefügt. Als aber im Herbst Präsident Taft seine Reise durch den Nordwesten unternahm, zeigte sich, daß die Bevölkerung dort sehr unzufrieden war und das Lob, das er dem Werke spendete, höhnisch zurückwies. Er verkürzte seine Rundfahrt. Seitdem setzte der Fleischtrust eine so wahnsinnige Erhöhung der Fleischpreise ins Werk, daß es zu dem bekannten Boykott kam und Hunderttausende zeitweilig zu Vegetarianern wurden. Und dabei hatten die Farmer nicht einmal Vorteil davon, denn sie erhielten nur die alten Preise. Die Vertreter des mittleren Westens im Kongreß hatten nun Fühlung mit ihren Wählern gehabt. Sie hatten sich überzeugen müssen, wie unpopulär die republikanische Sache unter ihrer bisherigen Führung geworden war. Sie mochten fühlen, daß sie sich schleunigst von der letzteren trennen mußten, wenn nicht die republikanische Partei selber gestürzt werden und die

Demokraten zum Siege kommen sollten. Ob es noch früh genug war, dies zu verhindern, gilt indes als sehr zweifelhaft.

Der Aufruhr im Schoße der Partei richtete sich gegen die Führung. Die eigentlichen Riesenkapitalisten, die Rockefeller, Morgan usw., sind selbst nicht im Kongreß, auch nicht selbst Parteivorstände. Aber sie haben in diesen Stellungen ihre vertrauten Freunde. Daß diese selber Geld nehmen, wird nirgends behauptet. Aber sie verstehen es, die für das amerikanische Leben so unendlich wichtigen Parteikassen mit Geld zu füllen.

Langjähriger Sprecher war der Republikaner Joe Cannon. Gegen ihn entfesselte sich der erste Sturm. Die Vertreter des mittleren Nordwestens vereinigten sich plötzlich mit der demokratischen Opposition, um ihm eine Niederlage zu bereiten. Seitdem hat sich die Partei der „Insurgenten“ immer deutlicher herausgebildet. Im Senat ist die alte Parteileitung allerdings stärker, aber auch dort beginnt sie zu versagen.

Inzwischen hatte die Wählerschaft selbst Stellung zu dem Lauf der Dinge genommen. Massachusetts und der ländliche Teil des Staates New York sind von jeher republikanisch gewesen. Dort haben jetzt ein paar Nachwahlen den Demokraten große Siege gebracht. Wenn das am grünen Holz geschieht, was will am dünnen werden! Diese Vorfälle haben die Insurrektion stark begünstigt und sie werden die mittleren Nordweststaaten völlig anstacheln.

In den allerletzten Tagen ist bekannt geworden, daß die Haupteinpeitscher der republikanischen Partei der Wucht des allgemeinen Unwillens nicht länger zu widerstehen wagen. Die langjährigen republikanischen Senatoren Aldrich und Hale haben verkündet, daß sie bei Ablauf ihres Mandats am 31. März 1911 nicht wiedergewählt werden wollen. Von Chauncey Depew verlautet dasselbe. Diesen Männern schreibt man die Hauptverantwortung für den abermals erhöhten Schutz Zoll des Payne-Aldrich-Tarifs zu. Freilich wäre dieser niemals zustande gekommen, wenn nicht die Kongreßvertreter der mittleren Weststaaten ihn gebilligt hätten. Aber diese oder viele von ihnen scheinen sich klar geworden zu sein, daß ihre Tage gezählt wären, wenn sie nicht schleunigst eine ganz andere Stellung zu der Parteileitung einnähmen. Das plötzliche Umsichgreifen der Insurrektion ist das Ergebnis der Furcht vor den Fortschritten der demokratischen Partei.

Diese letztere ist allerdings nicht eigentlich freihändlerisch, aber sie will doch eine alsbaldige Verringerung des bestehenden Tarifs im Sinne des von 1894 bis 1897 geltenden Wilson-Tarifs. Geseht, sie erlangt bei der Neuwahl des Repräsentantenhauses im November d. Js., was jetzt allgemein angenommen wird, den Sieg. Damit ist sie noch nicht Herrin über die Gesetzgebung, denn der Bundessenat wird alle zwei Jahre nur zu einem Drittel erneuert. Jetzt besteht er aus 58 Republikanern und 34 Demokraten. Da kann 1910 die Mehrheit sich noch nicht in die Minderheit verwandeln; selbst 1912 noch kaum; erst 1914. Wenn aber, dem Zug der Geister folgend, auch nur ein Teil der

Senatoren aus dem mittleren Westen zu den Demokraten übergeht oder wenigstens in Zollsachen, als zur Insurgentenpartei gehörig, mit ihnen stimmt, so kann natürlich die Macht der Trustpartei selbst im Senat sehr viel früher versagen. Bleibt immer noch der Präsident Taft, dessen Amtsdauer erst am 1. April 1912 endet. Von ihm ist schwerlich ein Umschwenken zu erwarten; wohl aber kann sein Veto durch eine gemeinschaftliche Mehrheit beider Häuser des Kongresses überwunden werden. Das alles kann erst die Zukunft entscheiden. Was indes als sicher gelten kann, das ist, daß weitere Schritte im Sinne der bisherigen Drahtzieher nicht geschehen werden.

Von der größten Bedeutung ist der Panamerikanismus, d. h. das Streben nach einer freundschaftlichen Verbindung ganz Amerikas, wobei naturgemäß den Vereinigten Staaten die Rolle eines Vormundes zufallen würde. Er findet seinen greifbaren Ausdruck zurzeit in den sog. Gegenseitigkeitsverträgen, durch die man sich gegenseitig eine Zollermäßigung verbürgt, von der die übrigen Länder ausgeschlossen sind. Solche kamen in ansehnlicher Zahl schon zu Ende der achtziger Jahre zustande; sie wurden rückgängig gemacht, als zum zweiten Male die Demokraten ans Ruder kamen. Inzwischen hatten auch die kleineren Republiken erkannt, daß sie schlechte Geschäfte gemacht hatten. In den letzten Jahren hat die Regierung zu Washington den Panamerikanismus wieder offen anerkannt; namentlich hat sie ihn auf dem dritten panamerikanischen Kongreß zu Rio de Janeiro 1907 durch den Staatssekretär Root vertreten lassen. Diesem gelang es, Brasilien und Ecuador zu gewinnen. Die Stimmung in Südamerika geht jetzt stark in entgegengesetzter Richtung.

Seine stärkste Ausbildung hat der Panamerikanismus in dem Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Kuba erfahren. Dort hat er allerdings eine weit größere Berechtigung, weil die Nachbarmacht der Insel zur Unabhängigkeit verholfen hat und ihr eine wohlthätige Vormundschaft bildet, ohne welche die Gefahr eines im Aufruhr siegreichen Negerregiments wohl kaum zu bannen wäre. Die Vereinigten Staaten haben dort ein ausgebildetes politisches Protektorat. Ebenso haben sie ein solches in der unter ihrer Gönnerschaft entstandenen Republik Panama. Ein wenig davon besteht auch bereits in S. Domingo, indem nämlich die Vereinigten Staaten die dankenswerte Aufgabe übernommen haben, die Finanzen im Interesse der Gläubiger ehrlich zu verwalten. Die Negerrepublik Haiti liegt ganz zu Füßen der Nordamerikaner; nur ihr eigener Abscheu gegen die Schwarzen hindert sie, die Herrschaft anzutreten. Ein Dazwischentreten anderer Mächte ist gar nicht denkbar; in manchen Fällen sympathisiert alle Welt mit den Vereinigten Staaten. Auch wenn es keine Monroe-Doktrin gäbe, würde Europa sich nicht einmischen.

Aus alledem bildet sich schließlich eine große Zukunftsvision heraus: Amerika für die Amerikaner, worunter jedoch zu verstehen wäre: Ganz Amerika für die Vereinigten Staaten. Eben davon ist auch eine vermehrte Vorstellung in die Gemüter Südamerikas gedrungen. Nur von diesen kann ein ernstlicher Wider-

stand gegen den skizzierten Gang der Dinge aufkommen. Man spricht wohl von einem südamerikanischen Staatenbund dagegen. Wie weit man jedoch von einer solchen Möglichkeit entfernt ist, das sieht man aus dem alten Haß zwischen den Republiken der Westküste, Perus und Bolivias gegen Chile und Ecuador, der jüngst zum Kriege aufzulodern drohte. In solchen Fällen liegt es immer nahe, daß die schwächere Partei sich hilfeschend an die Großmacht des Nordens wendet. Wozu das führen kann, ist im voraus nicht zu berechnen.

Die Gefühle wallen natürlich auf und ab. Im allgemeinen scheint nach den vorliegenden Nachrichten eine mißtrauische Vorsicht gegen den Norden zuzunehmen, wobei die nikaraguanische Angelegenheit stark gewirkt hat. Im ganzen übrigen Amerika hat man es sehr empfunden, daß die Regierung zu Washington zu sofortiger Einmischung schritt, weil die von ihr selbst anerkannte Regierung von Nikaragua zwei nordamerikanische Bürger, die sie mit Waffen in der Hand als Beteiligte der Rebellion ergriffen hatte, standrechtlich hingerichtet hatte. Man erblickte darin den Anspruch, daß amerikanische Bürger von den sonst geltenden und zwar allgemein üblichen Aufbruchgesetzen ausgenommen bleiben sollten. Der Zwischenfall wurde nur dadurch beendet, daß Präsident Zelaya unter Verzicht auf seine Würde außer Landes ging. Am meisten Erregung verursachte dabei, daß der Vermittlungsversuch einer so angesehenen Persönlichkeit wie Präsident Porfirio Diaz von Mexiko einfach zur Seite geschoben wurde. Mexiko als nächster Nachbar der Vereinigten Staaten blickt mit Sorge auf die wachsende Zuströmung nordamerikanischer Unternehmer und nordamerikanischen Kapitals. Bergwerke und Eisenbahnen sind bereits zum großen Teil in den Händen von Bürgern aus dem Nachbarlande.

Panamerikanismus, Imperialismus, Expansion sind Leitsterne und zum Teil ausgebildete Programme, die in der republikanischen Partei großen Einfluß ausüben. Präsident Roosevelt und sein verstorbener Staatssekretär Hay haben diese Strebungen stets zu zügeln verstanden. Sie haben manchmal ausgezeichnete Schlagworte gegen sie gebildet. Ungleich schärfer steht ihnen jedoch die demokratische Partei gegenüber. Das ergibt sich nicht nur aus ihrem mehr partikularistischen und mehr freihändlerischen Programm, sondern namentlich auch aus der bei ihr besonders ausgebildeten Rassenabneigung. Sie widerstrebt auch der Herausbildung eines Militarismus, weil dieser allemal ein kräftiges zentralisierendes Moment bildet und der bürgerlichen Republik nachteilig erachtet wird.

In der auswärtigen Politik kommt dies hingegen nicht ungetrübt zum Ausdruck. Denn dort spielt der Gegensatz gegen Japan die entscheidende Rolle und diesen empfinden die Demokraten am meisten, weil die Japaner farbig sind. Es durchkreuzt sich aber vieles, denn die Demokraten waren und sind aus dem gleichen Grunde ebenfalls Gegner der Erwerbung der Philippinen. Ob sie diesen Besitz herausgeben würden, wenn sie vor der Frage ständen, ist eine zweite Sache. Jetzt aber machen sie mit der Klage über den Mißerfolg Stimmung. Das trifft den Präsidenten Taft um so mehr, als er seinerzeit

Kommissar der amerikanischen Regierung für die Errichtung der amerikanischen Herrschaft war. Die Filipinos tragen das Joch ihrer neuen Besitzer ungern; sie verhalten sich nur deshalb ruhig, weil ein Aufstand zurzeit keine Aussicht auf Erfolg hätte. Sobald die Vereinigten Staaten in eine ernste Verwicklung geraten, werden sie sich sicher empören. Betrifft diese Japan, so ist ihnen die Unterstützung von dorthier gewiß. Die Amerikaner sind voll Sorgen um ihren Besitz. Sie haben die Hauptstadt Manila stark befestigt. Eine feindliche Flotte kann den engen, jetzt von mächtigen Felsenbatterien gedeckten Eingang zu der tiefen Bucht nicht erzwingen. Aber das hindert die Japaner nicht, in irgendeinem der zahlreichen andern Häfen zu landen und Manila landseitig anzugreifen, was zu vereiteln weder Festungsmerke noch eine ausreichende Armee vorhanden sind. Die Bevölkerung würde in den Japanern ihre Befreier erblicken. Ob mit Recht, das ist eine zweite Sache; möglicherweise halten sie die Inseln noch viel stärker fest als die Amerikaner. Sie würden auch sofort eine japanische Einwanderung veranlassen. Um die Philippinen zu halten, bedürfen die Vereinigten Staaten einer Flotte, die die japanische zwingt, ihre Heimathäfen nicht zu verlassen.

Ihre Unruhe verrät auch die eilige Anlegung des Kriegshafens in Pearl-Harbour auf einer Insel des Hawaii-Archipels. Der Platz ist wunderbar zu einem Kriegshafen geeignet, weil er in der Mitte des Weges zwischen Japan und S. Francisco liegt. Für eine amerikanische Flotte, die einst einen Angriff auf Japan unternehmen wollte, wäre Pearl-Harbour ein vortrefflicher Stützpunkt für Kohleneinnahme, auch für Reparatur im Kampfe beschädigter Schiffe. Wenn eine amerikanische Flotte dort liegt, darf eine japanische nicht wagen, die Heimat zu verlassen, um Truppen nach den Philippinen zu bringen. Noch weniger darf sie den befestigten Punkt hinter sich lassen, um etwa S. Francisco, Portland oder Los Angeles anzugreifen. Denn sie riskierte damit nicht nur, daß die Amerikaner ihre Abwesenheit benutzten, um die japanischen Häfen zu bombardieren, sondern auch daß sie die Verbindung mit der Heimat, die eine japanische Angriffsflotte nicht entbehren kann, unterbrächen. Wenn die Japaner einen Krieg mit den Vereinigten Staaten führen wollen, müssen sie damit anfangen, Pearl-Harbour zu bezwingen. Das übrige Hawaii in ihren Besitz zu bringen, wird nicht schwer sein, zumal schon 1897 24 407 Japaner unter einer Gesamtbevölkerung von 154 000 gezählt wurden neben nur 3086 Amerikanern. Inzwischen ist die Einwanderung von Japanern verhindert worden, aber durch Überfall kann die Inselgruppe im Nu überflutet werden.

Das Machtverhältnis im Stillen Ozean wird sich mit einem Schlage verschieben, wenn der Panamakanal eröffnet wird. Dann können die Vereinigten Staaten mit großer Schnelligkeit ihre ganze atlantische Flotte in das andere Meer werfen, wozu sie im Winter 1907/1908 viele Monate gebrauchten; und nach Vollendung der Umsegelung Südamerikas kamen die Schiffe derart bewachsen an, daß sie sofort ins Dock gebracht werden mußten. Auf ihrer Friedensreise fanden sie überall

willige Kohlenversorgung; im Kriege dürften die Neutralen ihnen solchen Dienst nicht erweisen. Es wird daher in den Vereinigten Staaten vielfach angenommen, daß Japan, wenn es überhaupt an einen Krieg denke, nicht bis zur Eröffnung des Panamakanals warten werde. In den Weststaaten herrscht große Besorgnis, daß eines Tages die Japaner an irgendeinem Punkte der Westküste landen und sogleich so viel Soldaten ausschiffen könnten, daß sie längst eine gesicherte Position hätten, ehe die an Zahl bekanntlich gar nicht bedeutenden amerikanischen Truppen herankommen könnten. Inzwischen könnte ihre Flotte nach Hause fahren und neue Mannschaften heranholen. Es ist daher ein lebhaftes Verlangen nach Deckung des Westens wahrnehmbar.

Als unbeteiligter Zuschauer wird man darüber wohl kühler urteilen. Anfangserfolge mögen die Japaner leicht erringen. Wie weit reichen sie? Auf die Dauer werden sie einer Macht, die mit so ungeheuren wirtschaftlichen Mitteln arbeitet wie die nordamerikanische Republik, doch nicht widerstehen. Sie müssen den Boden der Vereinigten Staaten doch wieder räumen und haben schwerlich Aussicht, von den Errungenschaften des ersten Augenblicks irgend etwas zu behaupten. Sie sind klug genug, um das vorher zu erkennen. Sie möchten gern Zugang für ihre Auswanderer zum amerikanischen Festlande gewinnen, denn ihrer sind zuviel für das kleine Land. Aber daß ein Krieg erst recht nicht dahin führen wird, einwandernden Japanern, die jetzt schon wegen ihrer Hautfarbe und wegen ihrer Genügsamkeit verhaßt sind, die Ansiedlung zu erwirken, dürfte auch ihnen selbst kaum zweifelhaft sein. An einen Krieg um das Recht des Zutritts kann man daher kaum glauben. Nun wohl, wird geantwortet, es bleibt der Wettstreit um die Philippinen. Und wenn man selbst davon absehen will, so hat Nordamerika zu wachen, daß sich die Japaner nicht eine bevorrechtigte politische oder wirtschaftliche Stellung auf dem ostasiatischen Festlande erobern.

Das ist nun freilich ein weitschichtiges Thema. Als Tatsache darf man wohl ansehen, daß die Japaner in der Mandchurei schon eine Stellung errungen haben, die die aller andern Mächte weit übertrifft. Das Abkommen vom Sommer 1909 über die Eisenbahnen und Bergwerke bringt nicht nur einen Teil dieser Unternehmungen direkt in die Hand der so nahegelegenen Großmacht, sondern indirekt durch die Eisenbahnen auch noch vieles andere. Anfänglich hat Rußland protestiert, dann scheint es sich gefügt zu haben. Denn — und das ist eine sehr bedeutsame Wandlung — Japan und Rußland haben sich aneinander geschlossen. Und zwar gegen die Vereinigten Staaten, die ebenfalls die Neigung haben, sich an der ostasiatischen Politik stark zu beteiligen. Dazu sollen ihnen ja gerade die Philippinen dienen. Vorläufig sind noch alle Mächte durch den von allen, auch den übrigen Großmächten, angenommenen Grundsatz der „offenen Tür“ im ganzen chinesischen Reiche gebunden. Was nützt das, wenn man sich nicht einig ist über das, was er bedeutet? Die Stellung Japans in der Mandchurei ist damit kaum zu vereinbaren. Wenn Rußland trotzdem

schweigt, so tut es das anscheinend, weil es mit Japan übereingekommen ist, daß beide ihren Vorteil finden müssen. Im einzelnen dürfte indes noch alles unbestimmt gehalten sein.

Den Amerikanern ist es gelungen, sich zu Mandataren chinesischer Protestpolitik zu machen. In der Tat dürfte China am meisten Aussicht auf die Rolle des Leidenden Teils haben. Japan von der See her, Rußland auf seinen Eisenbahnen zu Lande kommend, da mag wohl manches bezopfte Haupt seine Bedenken hegen. Zuvor haben die Vereinigten Staaten noch einen Mißerfolg hinnehmen müssen. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Mr. Knox, ehemals Rechtsanwalt in Chicago und Vertreter der Trusts vor den Gerichten, hat den charakteristischen Gedanken gehabt, die Erbauung und Bewirtschaftung der sämtlichen Eisenbahnen einem internationalen Kapitaltrust zu übertragen, bestehend hauptsächlich aus Amerikanern, Engländern, Deutschen und Franzosen. Den Amerikanern dürfte dabei die leitende Rolle zugedacht sein. Sie hätten sicher in der amerikanischen Eigenart des Bahnbetriebs, in geheimen Frachtabatten, Separatverträgen, Bevorzungen und Benachteiligungen im Beförderungswesen, in Bauausführungen usw. die größte Virtuosität entfaltet. Dem aber widersetzten sich Japan und Rußland in sachlich großer Einmütigkeit und mit auffallender Eile. Aus dem Gedanken wurde nichts. Die Stimmung gegen Japan ist seitdem eher noch gereizter.

Gute Beobachter melden aus den Vereinigten Staaten, daß die verhältnismäßige Ruhe der dortigen Presse hinsichtlich Japans nicht darüber täuschen dürfe, daß das politisch urteilsfähige Publikum sich mit der Frage eines etwaigen Krieges mit Japan mehr als mit irgendeinem andern Gegenstande beschäftige. Das Gespenst wolle gar nicht weichen und man fühle sich in einer ganz ungenügenden Sicherheit. Die berufsmäßigen Vorkämpfer einer Flottenverstärkung bilden dabei wohl eine unablässig tätige Schar; und das Heer der Interessenten ist groß und mannigfaltig. Man erörtert auch eifrig, welche Stellung England dazu einnehmen werde. Es ist mit Japan verbündet, sucht nichtsdestoweniger erfolgreich die Freundschaft der Vereinigten Staaten, deren Feindschaft es auch schon mit Rücksicht auf das wehrlose Kanada ernstlich zu fürchten hätte. Beides ist schwer, ja gar nicht miteinander zu verbinden. Vor einigen Monaten machte der englische Admiral Lord Beresford Rundreisen durch die Vereinigten Staaten, um ein Bündnis aller englisch sprechenden Nationen populär zu machen, dessen Ziel natürlich nicht Japan, sondern Deutschland war. Er hat damit in den Vereinigten Staaten gar keinen und selbst in Kanada so gut wie gar keinen Anklang gefunden. Mit dem japanischen Bündnis wäre es unvereinbar gewesen. Dieses Bündnis lockert sich allmählich. In Britisch Columbia und Australien ist Japan das bestgehaßte Land. Selbst England hat es für nötig gehalten, Singapore zu befestigen, damit nicht die japanische Flotte ohne seinen Willen in Indien erscheine.

Es tun sich da viele Fragen auf; nur wenige finden eine vorläufige Beantwortung. Ob mit der Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Roosevelt in seine

Heimat wieder ein neues Kapitel beginnt, das wird man bald erfahren. Viel wird davon gesprochen, daß er der einzige sei, der vielleicht die republikanische Partei vor einer Niederlage bewahren könne. Er ist der ausgemachteste Prophet des Imperialismus. Aber ist eine Verbindung zwischen ihm und den Trübs heute noch möglich? Und wird er, wenn er wirklich mit diesen Gegnern Frieden schließt, noch der leitende Geist im Kampfe gegen sie sein können? Oder wird er eine völlig neue Parteigruppierung erzwingen? Darauf lassen sich heute noch keine Antworten geben. f.



## Konstantinopel

Tagebuchblätter einer jungen Türkin

Von E. Lindberg-Dovlette

### II.

Als ich zwölf Jahre alt war, fuhr ich barhäuptig in meines Vaters, des Paschas, großem Wagen, weißgekleidet, wie die jungen türkischen Mädchen aus vornehmer Familie es sind, das lange schwarze Haar aufgelöst über den Rücken hängend. Ein Eunuch auf weißem Pferde ritt an je einer Seite des Wagens. Als ich fünfzehn war, erhielt ich meinen ersten schwarzen Seidentjartjaff und vor die Wagenfenster kamen braune Holzklufen mit einem kleinen Guckloch in Form eines Herzens. An meiner Seite saß meine Gouvernante, und außer den beiden andern ritt noch ein Eunuch neben meinem Wagen. Und nun bin ich vierundzwanzig und gehe zu Fuß durch Stambuls hügelige Gassen, und nur meine alte treue Amme Kubabie begleitet mich pustend — ein formloses Bündel aus raschelnder schwarzer Seide.

Komm mit mir, du mein fremder Freund. Ich darf deinen Arm nicht nehmen, es schickt sich nicht für eine Mohammedanerin, Arm in Arm zu gehen. Ich darf auch nicht laut auf der Straße sprechen und nie den Kopf wenden. Durch meinen schwarzen Schleier bin ich von allem und allen getrennt. Denn durch einen schwarzen Schleier schauen heißt alles durch Tränen sehen. Du kannst roten und gelben und blauen und grünen Tjartjaffen begegnen, der schwarze Schleier ist immer da, wie ein dunkler Fleck auf all der Farbenfreude.

Und ich freue mich, daß du nicht unter den schwarzen Flor blicken darfst. Du wärst doch nur niedergedrückt von den bleichen Gesichtern, von den traurigen braunen Augen, die dich ansehen würden. Es ist besser so. Wir verbergen unsre Blicke und gleiten scheu und dunkeln Phantomen gleich in den Schatten unsrer Moscheen. Denn unsre wunderbare Stadt ist in sich selbst so sonnig schön und lächelnd und farbenreich, daß sie der weiblichen Schönheit entbehren kann.

Aber sind wir zu Lande durch tausend geschriebne und ungeschriebne Gesetze gebunden und abgesperrt, auf dem Wasser sind wir freier. Kennstest du unsre Raiks, so wüßtest du auch, wie ein in ein Boot verwandelter Seevogel, wie ein in ein Fahrzeug verzauberter Fisch aussehen müßte. Unser leichter Raik ist unser einziger Befreier.